



# Schlechte Zeiten! – Gute Zeiten?

Von Rüdiger Seidenspinner, GdP-Landesvorsitzender

**Liebe Kolleginnen und Kollegen,**

**eigentlich haben wir uns alle daran gewöhnt, dass auf magere Jahre (im Alten Testament waren es sieben) auch wieder fette Jahre folgen.**

Doch dies scheint für die Polizei in Baden-Württemberg heute nicht mehr zu gelten, denn zumindest seit der „Jahrtausendwende“ geht es mit dieser, unserer Polizei nur bergab – personell, materiell und strukturell. Es ist schon beängstigend, mit welcher Ignoranz der Karren Polizei und damit die innere Sicherheit von den politisch Verantwortlichen an die Wand gefahren wurde. Heute, fünf Minuten vor Zwölf, hilft nur noch eine Radikalkur, um diese Polizei nicht nur am Leben zu erhalten, sondern sie auch für zukünftige Herausforderungen aufzustellen.

**Wir als GdP haben schon immer die innere Sicherheit nach Kassenlage kritisiert, wir waren schon immer unbequem und wurden nicht nur einmal deswegen an den Pranger gestellt.**

Wir haben schon immer den offenen und versteckten Personalabbau, die strukturelle Unterfinanzierung der Polizei und die fehlenden Perspektiven der Beschäftigten in dieser Polizei kritisiert. Mit unzähligen Pressemeldungen und zahlreichen öffentlichen Aktionen und Demonstrationen haben wir unsere Kritik und unsere Forderungen unterstrichen.

Spektakulär war die Aktion „Schutzmann“, als wir am 25. 10. 2007 gemeinsam mit DPoIG und BDK 1000 Luftballons mit kleinen „Schutzmännern“ vom Stuttgarter Schlossplatz aufsteigen ließen. Die Ballons symbolisierten die tausend Stellen, die die damalige Landesregierung bei der Polizei gestrichen und tatsächlich abgebaut hat.

Wir haben seit Jahren auf den katastrophalen Altersaufbau bei der Polizei hingewiesen. Diese Entwicklung war abzusehen und niemand soll heute so tun, als wäre er oder sie davon überrascht worden. Man wird nicht schlagartig oder überraschend 60 Jahre alt!

Wir haben als GdP immer wieder die strukturelle Unterfinanzierung dieser



Polizei kritisiert und festgestellt, dass globale Minderausgaben nicht die Lösung sein können. Wir haben davor gewarnt, die Polizei, die innere Sicherheit zur Haushaltssanierung heranzuziehen – sie taugt einfach nicht dazu. Wer mit dem Feuer spielt, braucht sich nicht zu wundern, wenn auf einmal das ganze Haus brennt. Wir haben fast schon gebetsmühelhaft auf die Finanzprobleme hingewiesen und wurden hierfür sogar öffentlich getadelt.

**Die GdP hat schon immer für strukturelle Verbesserungen gekämpft und zwar für alle Beschäftigten in dieser Polizei.**

Die GdP steht für die Zweigeteilte Laufbahn (andere haben diesen Weg leider wieder verlassen), für die Forderungen nach einer besseren Stellensituation in der Verwaltung und die Ausbildung zur/m Polizeifachangestellten.

Heute, da die Polizei dieses Landes vor dem wohl radikalsten Schnitt steht, lacht niemand mehr über uns. Vielmehr gibt man uns Recht und kritisiert die Versäumnisse der vergangenen Jahre. Hätte die verantwortliche Politik die Reform dieser Polizei bereits in den 90er-Jahren des letzten Jahrhunderts begonnen, denn bereits damals wurden Fehlentwicklungen erkannt, hätte man sie behutsam korrigieren können. Heute ist eine schmerzhaft Radikalkur erforderlich, die sicherlich einige Wunden hinterlassen wird. Heute wissen wir: der Polizei fehlt Perso-

nal und sie ist „chronisch“ unterfinanziert. Der Weg in die Zweigeteilte Laufbahn, die Ausbildung zur/m Polizeifachangestellten und bessere Perspektiven für die Verwaltungsbeamten stehen im Koalitionsvertrag. Gleichzeitig hat sich diese Landesregierung verpflichtet, die Neuverschuldung drastisch zurückzufahren – was bedeutet, dass kaum zusätzliche Mittel aus dem Landeshaushalt zu erwarten sind und dass die Polizei ihren Teil für diese Verbesserungen beitragen muss. Nur wenn wir dazu in der Lage sind, können wir ggfs. auch auf Unterstützung von außen rechnen. Der (neue) Weg heißt:

**Eine Polizeistrukturreform aus der Polizei heraus für die Polizei.**

Viele werden sagen, schon wieder eine Reform. Doch dieses Mal findet „diese Reform“ unter anderen Vorzeichen statt. Das eingesparte Geld bleibt bei der Polizei und es werden keine Stellen abgebaut. Diese Grundbedingungen standen für uns von Anfang an fest. Wir haben sie immer wieder gefordert und haben mehrfach politische Zusagen erhalten – in öffentlichen und persönlichen Gesprächen. Es gibt bisher auch keinen Grund daran zu zweifeln.

Wenn aber alles, was wir jahrelang angeprangert und verurteilt haben, richtig war und ist, ist es dann nicht nur konsequent, dass wir uns in die Polizeistrukturreform einbringen, sie kritisch konstruktiv begleiten?

Dürfen unsere Mitglieder nicht erwarten, dass ihre GdP ihre Interessen vertritt und mit Argusaugen auf die sozialverträgliche Umsetzung schaut?

Wir haben uns als GdP intensiv mit der Strukturreform auseinandergesetzt und eigene Gedanken, Forderungen und Erwartungen erarbeitet und eingebracht – zumal unsere unmittelbare Mitarbeit im Projekt offensichtlich verhindert wurde. Wir haben unsere Gedanken und Anregungen dort angebracht, wo man sie umsetzen kann.

Inzwischen liegt ein politisches Ergebnis vor. Sicher ist auch diese Reform kein Wunschkonzert, es wird sich vieles än-

*Fortsetzung auf Seite 2*



Die Landesredaktion ist unter der E-Mail-Adresse [redaktion@gdp-bw.de](mailto:redaktion@gdp-bw.de) zu erreichen.

Bitte alle Artikel, die in der Deutschen Polizei, Landesjournal, oder in der GdP [digit@1](mailto:digit@1) veröffentlicht werden sollen, an diese E-Mail Adresse senden.

In dringenden Fällen erreicht Ihr uns auch unter der **GdP-Mobile-Nr.** 0 15 25/4 11 10 58.

Der Redaktionsschluss für die **Juni-Ausgabe 2012** des Landesjournals Baden-Württemberg ist **Freitag, der 4. Mai 2012**, und für die **Juli-Ausgabe 2012** **Freitag, der 8. Juni 2012**.

Nicht rechtzeitig zum Redaktionsschluss eingesandte Artikel können von uns leider nicht mehr berücksichtigt werden.

Zur einfacheren Bearbeitung bitten wir um Übersendung von unformatierten Texten ohne Fotos, diese bitte separat zusenden.

**Wolfgang Kircher und  
Thomas Mohr**

DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe



Baden-Württemberg

**GdP-Geschäftsstelle:**

Maybachstraße 2, 71735 Eberdingen  
Telefon (0 70 42) 8 79-0  
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11  
E-Mail-Adresse: [info@gdp-bw.de](mailto:info@gdp-bw.de)  
Internet: [www.gdp-bw.de](http://www.gdp-bw.de)

**Service GmbH BW:**

Telefon: (0 70 42) 8 79-0  
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11  
E-Mail-Adresse: [info@gdp-service.com](mailto:info@gdp-service.com)

**Redaktion:**

Wolfgang Kircher (V.i.S.d.R.)  
Schwalbenweg 23  
71139 Ehningen  
privat: (0 70 34) 76 83  
GdPmobile: (0 15 25) 4 11 10 58  
E-Mail: [redaktion@gdp-bw.de](mailto:redaktion@gdp-bw.de)

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**

VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Forststraße 3 a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33  
vom 1. Januar 2011.

**Herstellung:**

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6381

Fortsetzung von Seite 1

Veränderungen in mancher persönlichen Lebensplanung werden nicht ausbleiben, aber jede Veränderung bietet auch eine Chance und es gibt noch immer viel Gestaltungsspielraum.

Die Reform der Polizeistrukturreform werden die voll zu spüren bekommen, die uns über 50-Jährigen in den Ruhestand verabschieden werden. Es ist eine Reform für die nächste Polizeigeneration.

Wir als GdP wollen und werden für unsere Kolleginnen und Kollegen das bestmögliche aus der Reform herausholen und den Schutzschirm der Sozialverträglichkeit möglichst über alle spannen.

**Doch dazu müssen wir im Boot sitzen, ja wir müssen mitrudern und mitsteuern, um die Richtung mitgestalten zu können.**

Das wird viel Schweiß und Anstrengung kosten.

Besserwisseri und grundsätzliche Ablehnung nützt niemand. Sicher ist es

leichter und populistischer am Ufer zu stehen und denen im Boot zuzurufen, dass sie in die falsche Richtung rudern. Doch das stört, lenkt ab und bringt uns nicht wirklich weiter. „Die am Ufer“ ha-



**1000 Luftballons für 1000 bei der Polizei abgebauten und gestrichenen Stellen. (Aktion der Kooperation der Polizeigewerkschaften am 25. 10. 2007 auf dem Schlossplatz in Stuttgart)**

ben bisher nicht gezeigt, dass sie es besser können, obwohl sie die Chance hatten.“ Wir als GdP bringen uns ein, arbeiten mit und streiten im Sinne der Sache – nämlich für die Belange unserer Kolleginnen und Kollegen und für die Zukunft unserer Polizei.

Dies ist kein einfacher Weg, aber gemeinsam können wir ihn gehen.

*Euer Rüdiger Seidenspinner*

## Ergebnisse des Gewerkschaftsbeirats vom 8. 3. 2012

**Der Gewerkschaftsbeirat (das zweithöchste GdP-Beschlussgremium zwischen den Delegiertentagen, der am 7. und 8. 3. tagte), hat sich mit überwältigender Mehrheit (eine Gegenstimme, fünf Enthaltungen) für eine weiterhin konstruktiv kritische Begleitung der Strukturreform ausgesprochen.**

Unabdingbare Forderungen der Gewerkschaft der Polizei sind, unabhängig von der Entwicklung der Struktur,

- eine sozialverträgliche Umsetzung im Rahmen einer noch zu vereinbarenden Dienstvereinbarung,
- Beteiligung der Personalvertretung über die bestehenden gesetzlichen Regelungen hinaus. ggfs. sind Gesetze zu ändern oder erforderliche gesetzliche Ausnahmeregelungen zu schaffen.
- Investition der erwirtschafteten Einsparungen in lang fällige Strukturver-

besserungen bei der Polizei dieses Landes die da sind:

- Einführung der Zweigeteilten Laufbahn bei der Polizei in Baden-Württemberg,
- die Qualifizierung und Höherbewertung im Tarifbereich, verbunden mit der Einführung der Polizeifachangestellungen,
- bessere Aufstiegsmöglichkeiten und Bewertung für unseren Verwaltungsbereich.

**Hierzu fordern wir als Rahmenkriterien zur Umsetzung folgende Eckpunkte, die im Folgenden noch im Detail erläutert werden:**

- sozialverträgliche Umsetzung,
- kein Verdrängungseffekt von oben nach unten,
- nur freie, im Zuge der Strukturreform neu geschaffene oder frei werdende



## POLIZEISTRUKTUREREFORM

Stellen sind auszuschreiben bzw. zu besetzen (es darf kein Verdrängungseffekt entstehen),

- ergebnisoffenes Interessensbekundungsverfahren,
- bürger- und basisnahe Servicedienststellen/-leistungen,
- Beteiligung der Berufs- und Personalvertretungen über die rechtlichen Vorgaben hinaus,
- zügige Umsetzung, aber keine sozial-schädliche Hektik.

Wir stellen fest, dass es sich nicht um eine abschließende Stellungnahme zur geplanten Umsetzung handelt.

Wir werden den Umsetzungsprozess begleiten und unser Papier gegebenenfalls fortschreiben.

Schon jetzt sind Themenkomplexe erkennbar, die im Eckpunktepapier überhaupt nicht aufgezählt sind, wie z. B. die Autobahnpolizei oder der Bereich AUG (Arbeitsbereich Umwelt und Gewerbe). Diese Bereiche scheinen völlig vergessen worden zu sein, weshalb wir hier auf eine projektbezogene Einbindung hinweisen bzw. eigene Vorschläge unterbreiten.

Eine ähnliche Verfahrensweise schlagen wir bereits jetzt für die Neustrukturierung des Polizeiärztlichen Dienstes vor. Obwohl wir vor einem bundesweiten Fachärztemangel stehen oder gerade deswegen muss diesem Bereich besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Die Organisation „Polizei“ kann auch zu-

künftig auf einen gut funktionierenden Polizeiärztlichen Dienst nicht verzichten. Anregungen und Hinweise liegen uns bereits vor und sollten aufgegriffen werden.

Mit der Auflösung des einstigen Wirtschaftskontrolldienstes hat die Polizei schon einmal eine für die Bevölkerung besonders wichtige Einheit zerschlagen.



Trotz Verlagerung der Lebensmittelüberwachung auf die Landkreise (wo diese auch nur bedingt funktioniert), verblieben einige „Restaufgaben“ aus den Bereichen Umwelt und Gewerbe bei der Polizei.

Aufgrund der unterschiedlichen Zugschnitte wurden diese „Restaufgaben“ im Land ganz unterschiedlich organisiert. Die Strukturreform böte nun die Chance, eine einheitliche Struktur im Lande und die erforderlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, so dass „Personen und Aufgabe“ zusammenbleiben können. Gliederung und Anbindung dieser Spezial-

aufgabe sollte in einer Teilprojektgruppe diskutiert und geplant werden, welche dann dem Teilprojekt „Regionalpräsidien“ zuarbeitet.

Ziel ist, dass hier nicht noch einmal völlig ohne Not Spezialwissen und Erfahrung verlorengehen.

In dieser und wahrscheinlich auch in der nächsten Ausgabe der Deutschen Polizei werden wir die Arbeitsgruppenergebnisse vorstellen. **RSeid**

### GdP-BILDUNGSARBEIT

## Seminarprogramm für 2012

Der GdP-Landesbezirk führt 2012 nachfolgende Seminare und Bildungsmaßnahmen durch. Alle unsere Seminare finden in der Außenstelle der Akademie der Polizei statt.

**17. bis 19. Sept.:** GdP-Tarifseminar für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

**10. bis 12. Okt.:** GdP-Seminar „Vorbereitung auf den Ruhestand“. Für alle die schon im Ruhestand sind oder demnächst kommen, Veranstalter die Seniorengruppe, die Mitnahme der Ehepartner oder Lebensgefährten ist möglich.

In Planung sind zwei eintägige Schulungen für Seniorenvertreter in den Kreisgruppen in den Regierungsbezirken Tübingen im ersten Halbjahr 2012 und Stuttgart im zweiten Halbjahr 2012. Veranstalter ist die Seniorengruppe. Außerdem werden nach Bekanntwerden weiterer Ergebnisse zur Polizeistrukturreform voraussichtlich im zweiten Halbjahr weitere Veranstaltungen für Personalräte folgen.

Außer für die Seniorenveranstaltungen kann für alle Seminare Sonderurlaub nach der AZUVO beantragt werden. Die Seminarkosten werden von der GdP übernommen.

Anmeldungen sind ab sofort über die GdP-Geschäftsstelle bei Andrea Stotz, Tel. 07 0 42/87 90, oder [andrea.stotz@gdp-bw.de](mailto:andrea.stotz@gdp-bw.de) möglich.

Dort erhaltet ihr auch weitere Infos.

Weitere Seminare werden von der GdP Bund und der Jungen Gruppe Bund durchgeführt. Informationen darüber findet ihr im Internet oder in der Deutschen Polizei. **WKI**

## Sozialverträgliche Umsetzung der Polizeistrukturreform

**Als wichtigste Forderung steht die „Sozialverträglichkeit“.**

Mit ihr fällt oder steht die Reform. Bekanntlich wird bei einer schnellen Umsetzung die Sozialverträglichkeit eingeschränkt, wogegen bei einer „behutsamen“ Umsetzung der Sozialverträglichkeit ein höherer Stellenwert eingeräumt werden kann.

Deshalb sprechen wir uns eindeutig für eine behutsame Umsetzung aus, denn es darf keine Verlierer geben und die Kolleginnen und Kollegen müssen mitgenommen werden.

### Ziele:

Für die Gewerkschaft der Polizei (GdP) stehen folgende Forderungen im Vordergrund:

- Verhinderung von Personalabbau,
- Verhinderung von Gehaltsverlusten/

Besitzstandswahrung.

- Zumutbarkeitsprüfung von neuen Tätigkeiten.
- Entfernungen zur neuen Dienststelle.
- Versetzungsverfahren/Interessenbekundungsverfahren,
- frühzeitige Beteiligung von Interessenvertretungen (Gewerkschaften, Personalrat, Beauftragte für Chancengleichheit, Schwerbehindertenvertretung). Frühzeitig bedeutet bereits bei den theoretischen Überlegungen in der Teilprojektphase. Ggfs. sind aus den vorhandenen Personalräten „Übergangspersonalräte“/Interessenvertretungsremien zu bilden.

Die GdP strebt eine Dienstvereinbarung (DV) zur sozialverträglichen Um-

Fortsetzung auf Seite 4



Fortsetzung von Seite 3

setzung der Reform mit dem IM an. Diese muss über die Vorgaben des Tarifvertrags Rationalisierungsschutz (TV RatSch), der die Möglichkeit einer Gehaltsabschmelzung vorsieht, deutlich hinausgehen und soll für alle Statusgruppen in der Polizei BW (Tarif, Verwaltungsdienst und Polizeivollzugsdienst) gelten.

Die DV könnte sich grob an der aufgrund des Ministerratsbeschlusses vom 26. 1. 1998 zur Schließung der Kfz-Werkstätten abgeschlossenen DV orientieren.

**Die Umsetzung muss sich an folgenden Eckpunkten orientieren:**

- Keine Entlassungen von Personal auf Grund der Strukturreform!
- Bei Wegfall des Arbeitsplatzes muss der Arbeitgeber einen mindestens gleichwertigen Arbeitsplatz anbieten bzw. einen solchen an der neuen Dienststelle schaffen. Dabei muss sichergestellt werden, dass die Eingruppierung von Tarifbeschäftigten auch langfristig keine Verschlechterung erfährt. Dies kann dadurch erzielt werden, dass an der neuen Dienststelle andere, aber gleichwertige Tätigkeiten übertragen werden. Bsp.: Beim Wegfall von Dasta-Arbeitsplätzen der EG 6

können diesen Dasta-Beschäftigten mit ihrer Eingruppierung neue Aufgaben übertragen werden, z. B. die Tätigkeiten einer Angestellten im Bürodienst in der EG 6.

- Entscheidungen über Versetzungen dürfen nur im Einvernehmen mit den Betroffenen und den Interessenvertretungen (PR, BfC und SBV) getroffen werden.
- Für strittige Fälle ist eine durch die Dienststelle und die Interessenvertretungen paritätisch besetzte Clearingstelle einzurichten.
- Die Auswahlkriterien für die Stellenbesetzungen sind zwischen Dienststelle und Interessenvertretungen vor Ort zu vereinbaren.

Die Beteiligten einigen sich dabei auf geeignete Kriterien. Über die Kriterien Eignung, Befähigung und fachliche Leistung hinaus sind insbesondere die persönlichen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Betroffenen zu berücksichtigen.

- Beim Wegfall des Arbeitsplatzes haben Beschäftigte ein Recht auf Aus- und Fortbildung. Damit soll sichergestellt werden, dass ihnen mindestens ein gleichwertiger Arbeitsplatz zur Verfügung gestellt werden kann.

- Beschäftigten im Schicht- und Wechsel- schichtdienst soll die Möglichkeit eingeräumt werden, auch weiterhin Tätigkeiten im Schichtdienst zur verrichten (kein Wegfall der Schichtdienstzulagen!). Dabei können die Beschäftigten Verwendung im KDD und auf den Polizeirevier finden.

- Bei einem Interessenbekundungsverfahren (IBV), das auch befristete Stellen mit einbezieht, sollen sowohl Stelleninhaber/-in wie die derzeitige Vertretung zu ihren Wünschen befragt werden. Bei strittigen Fragen kann die Clearingstelle eingeschaltet werden.
- Die Anzahl der Telearbeitsplätze soll ausgebaut werden, um soziale Härten abzufedern.
- Nur freie, frei werdende oder durch die Polizeistrukturreform neu geschaffene Stellen sollen ausgeschrieben werden.
- Einsparpotenziale aus Stellen sollen zur Finanzierung von höherwertigen Tarifstellen verwendet werden. Ein Verdrängungseffekt von oben nach unten ist zu vermeiden.
- Abfindungen sollen grundsätzlich keine angeboten werden. Die Polizeistrukturreform darf nicht zum Stelleneinsparprogramm für die Polizei werden.

*RSeid*

## Präsidium Aus- und Fortbildung

### Ausgangslage:

- Bestandskollegen mD mit Abitur.
- Bestandskollegen mD ohne Abitur.
- Organisationsstruktur ist fest und nur innerhalb der Säulen veränderbar.

**Vornean steht die Forderung, die zukünftigen Bildungsstandorte frühzeitig zu definieren und den Bedarf an der zukünftigen Ausbildungslandschaft zu orientieren (Bsp. Zweigeteilte Laufbahn, qualifizierte Aus- und Fortbildung, etc.)**

Es wird davon ausgegangen, dass die Struktur der Präsidialebene in den Untergliederungen ähnlich gestaltet sein wird. Das bedeutet, dass es dort ebenfalls die Felder Öffentlichkeitsarbeit/Controlling/Qualitätsmanagement sowie ÖPR/Schwerbehindertenvertretungen/BfC in irgendeiner Form geben wird.

### Hochschule für Polizei

Die Hochschulsäule wirft die Frage auf, warum sie nicht eigenständig ist und der Leiter der Hochschule somit einem Präsidium untersteht. Hier ist vorab zu prüfen, ob durch die Einbindung in ein Präsidium der Hochschulcharakter ge-

fährdet ist oder ob sie im Quervergleich mit anderen Hochschulen an Bedeutung verliert?

### Institut für Fortbildung und Management und Institut für Ausbildung und Training

Grundsätzlich wird die Unterteilung in ein Institut für Fortbildung und Management und in ein Institut für Ausbildung und Training begrüßt. Allerdings ist es dann unabdingbar, dass Aus- und Fortbildung klar definiert und zugeordnet werden.

Dieses Prinzip wird allerdings in der derzeitigen Zuordnung des Institutsbereiches Einsatztraining unterbrochen. Einsatztraining wird in unterschiedlicher Qualität und Ausprägung mit allen Kollegen/-innen (also auch im PED) durchgeführt, wobei die Erfahrungen aus der Praxis dann in den Ausbildungsbereich einfließen müssen. Alleine schon der Personenkreis begründet, dass es sich deshalb um eine Fortbildung und nicht um eine Ausbildung handelt und somit im Institut für Fortbildung und Management

richtig angegliedert wäre. Zudem sei der Hinweis erlaubt, dass es laut VwV fünf Bereiche im Einsatztraining gibt – im Eckpunkt Papier sind jedoch nur zwei aufgeführt.

Sollte der Institutsbereich Einsatztraining bewusst beim Institut für Ausbildung und Training angesiedelt sein, wäre eine begriffliche Klarstellung sinnvoll, um Verwechslungen in der Auslegung vorzubeugen. Der Institutsbereich Einsatztraining müsste dann konsequenterweise in „Institutsbereich TRAINING“ umbenannt werden. Mit dieser Bezeichnung wäre jegliches Training umfasst und damit beim Institutsbereich Ausbildung und TRAINING wiederum richtig angegliedert. Aus Effizienzgründen und um Reibungsverluste zu vermeiden, sollte zukünftig die Geschäftsstelle Einsatztraining und das Kompetenz- und Einsatzzentrum am gleichen Standort angesiedelt werden.

### Zukünftige Bildungsstruktur

Die Polizeistrukturreform ist für die GdP unabdingbar mit der Umsetzung der



**POLIZEISTRUKTUREREFORM**

**MITTEILUNGEN**

Zweigeteilten Laufbahn verbunden. Dies bedeutet, dass mit der Umstellung der Bildungsstruktur der Einstieg in die Zweigeteilte Laufbahn erfolgen muss!

Ab diesem Zeitpunkt darf es dann auch keine Einstellungen mehr für den mD geben, denn die Übernahme in den Polizeidienst des Landes BW setzt dann zwingend ein abgeschlossenes Fachhochschulstudium voraus. (Im Übrigen unterliegt dann dieser Bewerberkreis keinem Auswahlverfahren zum geh. Dienst mehr.)

Die durchgängige eigenverantwortliche Ausbildung in einem Institut für Ausbildung und Training bis hin zur Fachhochschulreife macht durchaus Sinn, allerdings muss aus o. g. Gründen der Name dann zwingend in „Institutsbereich Ausbildung PVD“ geändert werden.

Über Zahl, Lage und Ausstattung aller Bildungsstätten kann allerdings erst entschieden werden, wenn die gesamte Bildungslandschaft und der zukünftige Ausbildungsbedarf bekannt ist.

Für die zukünftige Ausbildung des Polizeivollzugsdienstes schlägt die GdP folgende Eckpunkte vor (siehe auch Grafik):

1. Ab einem Zeitpunkt X muss jede/r Bewerber/-in die Hochschule für Polizei durchlaufen.
2. Grundausbildung und Fachhochschulreife wird beim Institut für Ausbildung und Training mit seinen Außenstellen durchgängig und eigenständig absolviert.

3. Auch zukünftig soll Bewerber/-innen mit mittlerem Bildungsabschluss der Zugang zur Polizei ermöglicht werden. Diese erhalten eine Einstellungszusage und müssen dann vor dem eigentlichen Ausbildungsbeginn eigenständig die Fachhochschulreife erwerben. Vorteile: Reduzierung der Ausbildungskosten, zwei ärztliche Untersuchungen der Einstellung vorgeschaltet, hohe Motivation der Bewerber/-innen.
4. Nur nach erfolgtem Abschluss der Ausbildung erfolgt eine Einstellung als Polizeikommissar und zugleich die Ernennung zum Lebzzeitbeamten/-in (Fürsorgegedanke).
5. Analog zu gleichwertigen Ausbildungen muss eine Wiederholung ohne Prognose möglich sein.

**Deutsch-Französisches Sprachzentrum**

Das Deutsch-Französische Sprachzentrum, das richtigerweise dem Institut für Ausbildung und Training angegliedert wird, sollte erweitert und zu einem allgemeinen Fremdsprachenzentrum mit erweitertem, bedarfsorientiertem Bildungsangebot ausgebaut werden (z. B. weitere Fremdsprachen wie Russisch, Türkisch, etc.).

**Institut für Personalgewinnung**

Ein eigenständiges Institut für Personalgewinnung macht mit Blick auf die zu erwartende Bewerberlage und die Bedeutung der Nachwuchsgewinnung für die Polizei durchaus Sinn. Auch die Zentralisierung des Einstellungsverfahrens sowie eine zentrale Koordination der Nachwuchswerbung machen durchaus Sinn, wenn die Einstellungsberatung selbst weiterhin vor Ort, also bei den bisherigen Kreisbehörden erfolgt. Eine Zentralisierung der Beratung würde sicherlich viele potenzielle Bewerber, insbesondere aus der Fläche, abschrecken.

Nicht nachzuvollziehen ist allerdings, dass bei einer derartigen Gewichtung der Personalgewinnung die Ausgestaltung des Auswahlverfahrens dem Institutsbereich Management übertragen werden soll.

Verwendung Einsatzabteilungen oder Polizeieinzeldienst	Ausbildungsdauer
Ausgebildeter Polizeikommissar/in und Lebzzeitbeamter/-in (Fürsorgegedanke)	
3 Semester HfPol	21 + (3 * 6) = 39 Monate
1 Praxissemester	15 + 6 = 21 Monate
3 Monate Grundausbildung Teil 2	12 + 3 = 15 Monate
3 Monate Praktikum	9 + 3 = 12 Monate
9 Monate Grundausbildung Teil 1 Polizeikommissar Anwärter/-in	9 Monate
Erwerb der Fachhochschulreife auf eigene Verantwortung bei Einstellungen mit Abschluss oder anerkannten Abschluss Mittlere Reife! (= 12 Monate in Kooperation mit anderen Ausbildungsstätten)	

**So könnte die zukünftige Ausbildung bei der Polizei aussehen.**

**Die GdP gratuliert herzlich**

**Zur Beförderung zum/zur:**  
**Ersten Polizeihauptkommissar**  
 Pforzheim: Ralf Stehle.  
**Polizeihauptkommissar**  
 Esslingen: Michael Kleiß.  
 Göppingen PD: Eugen Abt.  
 Reutlingen: Heiko Weberruss.  
**Polizeioberkommissar**  
 Alb-Donau/Ulm: Michael Freuding.  
**Polizeihauptmeister/-in**  
 Rems-Murr-Kreis:  
 Stephanie Ehrenfeuchter.  
**Polizeiobermeister/-in**  
 Böblingen PD: Martin Kirschner.  
 Esslingen: Christine Frey.  
 Karlsruhe PP: Maren Geukes.  
 Reutlingen: Diana Ullrich.  
**Es traten in den Ruhestand:**  
 Rastatt/Baden-Baden:  
 Johannes Westermann.  
 (zusammengestellt v. A. Burckhardt)

**VORANKÜNDIGUNG**

**Kastanienfest in Göppingen**

**Bereits jetzt schon vormerken!**

Das Kastanienfest in der Bereitschaftspolizei in Göppingen findet am Dienstag, dem 3. Juli, Beginn 17.00 Uhr, statt. Es ist wieder ein umfangreiches und interessantes Programm in Vorbereitung. Wie jedes Jahr wird auch wieder für das leibliche Wohl gesorgt.

Alle interessierten Kolleginnen und Kollegen sind herzlich eingeladen.

Anzeige

Werden Sie Mitglied beim  
**»Deutschen Roten Kreuz«**

Durch eine Teilnahme an einem »Erste Hilfe Kurs« können Sie gerade bei Autounfällen durch schnelle Hilfe vor Ort Menschenleben retten!

Spenden Sie Blut - um anderen zu helfen - damit Ihnen auch geholfen werden kann! Gerade diese Blutspenden haben schon vielen verunglückten Autofahrern geholfen.

Dieser Eindruck wurde ermöglicht durch  
**Labor Dr. Gärtner**  
 Elisabethenstraße 11, 88212 Ravensburg, Tel. 0751 / 502-0



# Polizeipräsidium Einsatz

**Das zukünftige Polizeipräsidium Einsatz, nach dem derzeitigen Zuschnitt, dürfte eine große Flächenbehörde mit einer bisher nicht gekannten Aufgabenbreite werden.**

Vom Grundsatz her macht es durchaus Sinn, alle Einsatz- und Spezialeinheiten sowie die „Spezialbereiche“ Polizeihubschrauber und Wasserschutz in einer Behörde zu vereinen bzw. unter eine gemeinsame Führung und Verwaltung zu stellen. Konsequenterweise müssten dann aber auch die Bereiche Autobahnpolizei und Kampfmittelbeseitigung, aufgrund ihrer sehr speziellen Aufgabenstellung diesem Präsidium angegliedert sein. Eine erneute Prüfung in dieser Hinsicht wird dringend angeraten.

Bezüglich des „präsidialen Überbaus“ verweisen wir auf unsere Vorstellungen, die bereits im Zusammenhang mit dem Aufbau der Flächenpräsidien dargestellt wurden.

Aufgrund der Aufgabenbreite dürften jedoch zukünftig der Führungs- und Einsatzstab sowie das Referat/die Abteilung Rechtsschutz in besonderem Maße betroffen sein. Diesen Anforderungen ist besonders Rechnung zu tragen.

Bezüglich der einzelnen Direktionen schlagen wir Folgendes vor:

## Direktion Bereitschaftspolizei:

Grundsätzlich sollten alle Standorte erhalten bleiben.

Für die GdP ist es durchaus denkbar, dass auch an den zukünftigen Instituten für Ausbildung und Training disloziert Einsatzeinheiten vorgehalten werden. So könnten z. B. taktische Züge der Einsatzabteilung Göppingen in Biberach oder der Einsatzabteilung Bruchsal in Lahr untergebracht werden. Bei einer zentralen Führung und Verwaltung in der Direktion wären dort keine weiteren Führungsstäbe erforderlich.

Dadurch wären weite Anfahrtswege ausgeschlossen und der Einsatz auch an weiter entfernten Dienststellen effizienter. Beim derzeit geplanten Zuschnitt wären Einsätze insbesondere im Süden ineffizient oder mit den gültigen Arbeitsschutz- und Arbeitszeitrichtlinien nicht vereinbar.

Sollten Mischstandorte nicht realisierbar sein, böte sich die Bildung von Einsatzeinheiten bei einzelnen Regionalpräsidien durchaus an – siehe Begründung Einsatzeinheiten bei den Polizeipräsidien.

Ergänzend werden dazu folgende Forderungen erhoben:

- Die Stellen und vor allem die Menschen müssen an der Basis, d. h. im operativen Dienst, ankommen.

- Die bereits zu Beginn geforderte Aufgabenkritik und Stellenbeschreibung muss auch in diesem Bereich zu einer Aufwertung führen, d. h. auch ein DGL/Zugführer muss eine realistische Perspektive haben, das Endamt im gehobenen Dienst zu erreichen.

- Generell gilt, dass der Dienst zu ungünstigen Zeiten attraktiver gestaltet werden muss. Hierzu verweisen wir auf unsere langjährige Forderung nach einer Faktorisierung dieser Dienstzeiten, angelehnt an den Tarifbereich.

- Bezüglich Ausschreibungs- bzw. Interessensbekundungsverfahren, Stellenausschreibung und -besetzung sowie sozialverträgliche Umsetzung verweisen wir auf unsere Ausführung zu Beginn unter „Grundlegendes“.

## Polizeireiterstaffel:

Hat sich in ihrer bisherigen Struktur grundsätzlich bewährt und sollten an den bisherigen Standorten (und Einsatzschwerpunkten) Stuttgart und Mannheim vorgehalten werden.

## Wasserschutzpolizei:

Im Bereich Wasserschutzpolizei ist Baden-Württemberg seit langem richtungsweisend. Die Zerschlagung der einstigen Wasserschutzpolizeidirektion und die Anbindung der Reviere an die jeweiligen Polizeidirektionen haben sich als Fehler erwiesen. Diese Aufgabe ist so

speziell, dass sie landesweit in einer Direktion zusammengefasst gehört. Dabei ist jedoch auf eine gleichmäßige Auslastung, auch im Vergleich zu anderen Aufgabenbereichen, zu achten.

## Polizeihubschrauberstaffel:

Die Anbindung der Polizeihubschrauberstaffel an das Präsidium Einsatz ist richtig und konsequent. Nur so ist eine effiziente Auslastung und Einsatzfähigkeit garantiert.

## Direktion Spezialeinheiten:

Auch die Zusammenführung aller Spezialeinheiten des Landes in einer Direktion ist nur logisch und konsequent. Die bisherige getrennte Führung und Einsatz haben die Arbeitsabläufe und Zusammenarbeit nur unnötig erschwert.

Einzig die Frage der Standorte der MEK's sollte nochmals erörtert werden, da sie doch zur ständigen Einsatz- und Ermittlungsunterstützung der bisherigen Kreisdienststellen herangezogen wurden.

## Landespolizeiorchester:

Das Landespolizeiorchester wird zwar als wichtiger und wünschenswerter Teil der Öffentlichkeitsarbeit aber durchaus auch sehr kritisch gesehen. Es stellt sich zumindest die Frage, ob sich die Polizei dieses Landes in einer derart prekären Personal- und Finanzsituation auf Dauer diesen „Luxus“ leisten kann und soll. Hier gibt es langfristig sicherlich effizientere Lösungen. Wo das LPO zukünftig angesiedelt ist, dürfte dabei eine untergeordnete Rolle spielen.

# Präsidium Technik, Logistik, Service

**Das Präsidium Technik, Logistik, Service entspricht im Großen und Ganzen der GdP-Forderung nach einem „Polizeitechnikamt“,**

- das
- eine zentrale, landesweitere Beschaffung, deshalb bessere Preiskalkulation und bessere Konditionen,
- eine Bündelung von Sachverstand
- sowie eine effizientere Verwaltung von technischem Gerätschaften ermöglicht.

Bezüglich des „präsidialen Überbaus“ verweisen wir auf unsere Vorstellungen, die bereits im Zusammenhang mit dem Aufbau der Flächenpräsidien dargestellt wurden.

**Ergänzend werden dazu folgende Forderungen erhoben:**

- Einbindung des Logistikzentrums Baden-Württemberg als zentrale Beschaffungsstelle (auch für den Bereich Büro- und Kommunikationstechnik) in



**POLIZEISTRUKTURREFORM**

das neue Präsidium Technik, Logistik, Service. Die geplante Anbindung direkt beim IM stellt einen Bruch in einer an sich klaren Struktur dar.

- Die personelle Ausstattung und der Sachverstand muss in diesem Präsidium so ausgerichtet sein, dass zukünftig „technische“ Großprojekte, wie z. B. der Digitalfunk, ohne personelle Unterstützung aus den Flächendienststellen gestemmt werden können. Sukzessive ist die Fachkompetenz, die zur Zeit noch von Vollzugsbeamten/-innen erbracht wird, durch entsprechendes Tarifpersonal zu ersetzen. Für diese Aufgabe ist der Vollzugsdienst ursprünglich nicht ausgebildet und auch nicht vorgesehen. Bei entsprechen-

der Eingruppierung ist ausreichend Fachpersonal auf dem freien Arbeitsmarkt rekrutierbar.

- Die Einbindung der Kampfmittelbeilegung in diesem PP ist zwar grundsätzlich nicht falsch, sollte aber noch einmal differenziert betrachtet werden, da auch eine Anbindung dieser „Spezialeinheit“ an das PP Einsatz durchaus denkbar und sinnvoll wäre.

**Offene Fragen:**

- Bei einer konsequenten Umsetzung der Forderung nach Ersatz von Vollzugsbeamten/-innen in den Bereichen Technik, Logistik und Service wäre es durchaus denkbar, dass der Präsident dieses Präsidiums ein Verwaltungsbeamter

oder sogar Tarifangestellter sein könnte.

- Der polizeiärztliche Dienst ist zwar als flächendeckende Servicedienststelle vorzuhalten, allerdings zentral zu verwalten und zu koordinieren und somit beim Präsidium Logistik und Service richtig angesiedelt. Insbesondere bei den Großeinsätzen der vergangenen Jahre hat sich die auf das ganze Land verteilte Organisation als zusätzlicher Hemmschuh erwiesen. Zur flächendeckenden Versorgung sind jedoch Außenstellen in ausreichender Anzahl und mit angemessener personeller und „technischer“ Ausstattung anzustreben. Hier bieten sich sicherlich die bisherigen Standorte der Bereitschaftspolizei an. **WKi**

**Schlussbemerkung**

Das Ergebnis der Arbeitsgruppe zu den Polizeipräsidien werden wir aus redaktionellen Gründen erst in der nächsten Ausgabe der Deutschen Polizei veröffentlichten können. Die Gewerkschaft der Polizei will mit dieser Stellungnahme und den enthaltenen Anregungen und Forderungen den Sach- und Fachverstand ihrer Gremien aber insbesondere der polizeilichen Basis mit einbringen. Ziel ist, diese, unsere, Polizei für die Zukunft auszurichten und das Personal auf diesem Wege möglichst sozialverträglich mitzunehmen. In diesem Sinne bieten wir unsere konstruktiv kritische Mitarbeit

an, stehen jederzeit für weitere Fragen oder Erläuterungen zur Verfügung, erwarten aber auch im Gegenzug eine offene Zusammenarbeit und frühzeitige Einbindung.

Eine bisher nicht gelöste Frage ist die personalrätliche Vertretung in der Übergangs- und Aufbauphase. Hier ist eine großzügige, am Grundsatz der vertrauensvollen Zusammenarbeit orientierte Lösung anzustreben. Sollten keine örtlichen Personalratsvertreter/-innen vorhanden sein, wäre eine Vertretung über den HPR vorstellbar. Dort müsste dann ggfs. auch über die Personalentscheidun-

gen, z. B. die Bewerberauswahl im Rahmen eines Interessenbekundungsverfahrens, befunden werden. Und wie anfangs erwähnt, sollten, sofern gesetzliche Regelungen über eine Mitbestimmung fehlen, entsprechende Regelungen geschaffen werden. Bezüglich der Problematik eines Interessenbekundungsverfahrens weisen wir noch einmal darauf hin, dass nur freie, durch die Reform neu geschaffene oder im Zuge der Stellenbesetzung frei werdende Funktionsstellen ausgeschrieben werden sollen. Diese Fragen müssen insbesondere bei den zentralen Präsidien im Vorfeld geklärt und erklärt werden. **WKi**

**GdP-RECHTSSCHUTZ****Dankschreiben an die Rechtsabteilung**

Nachfolgendes Dankschreiben ging bei unserer Rechtsabteilung ein, das wir mit Einverständnis des Verfassers veröffentlichten dürfen:

Sehr geehrte Frau Damm,

wie Sie aus dem beigefügten Schreiben ersehen konnten, wurde das Strafverfahren und Zivilverfahren wegen versuchtem Totschlag durch Schusswaffengebrauch zu meinem Nachteil mittlerweile abgeschlossen und ist rechtskräftig.

Es ist mir eine Herzensangelegenheit, Ihnen persönlich und meiner Gewerkschaftsorganisation GdP meinen aufrichtigen Dank auszusprechen, mich in dieser Sache von Anbeginn unbürokratisch und kollegial unterstützt zu haben. Für die Kostenübernahme als Nebenkläger im

Strafverfahren und Kläger im Zivilverfahren, was wohl nicht selbstverständlich war, meinen besonderen Dank.

Lassen Sie und die GdP nicht in ihren Bemühungen nach, weiter dafür zu kämpfen, dass in solchen Verfahren, wo Polizeibeamte im Dienst angegriffen und verletzt werden, das Land BW endlich für dienstlichen Rechtsschutz und damit die anwaltliche Vertretung der Interessen der Beamten einzustehen hat und nicht die durch Beiträge selbst finanziert Hilfe durch die GdP. Ich empfinden es als zusätzliche Demütigung und Belastung, durch das Hinhalten meines Kopfes (Schusswunde im Gesicht) im Dienst auch noch eigenverantwortlich für meine anwaltliche Vertretung als Nebenkläger

und für ein mir zustehendes Schmerzensgeld sorgen zu müssen. Fürsorgepflicht durch das Land BW muss anders aussehen!! Hingegen dazu war die fürsorgliche Betreuung durch die LPD Tübingen, die PD Balingen (samt Konfliktberater), das Prev Hechingen sowie durch den Polizeiärztlichen Dienst und die Polizeiseelsorge tadellos. Auch die Kollegen der Kripo Balingen haben bei der Sachbearbeitung sehr gute Arbeit geleistet.

Allen Beteiligten sind meine Frau und ich sehr dankbar.

Gut dass es die GdP gibt ist keine leere Worthülse, sondern trifft uneingeschränkt zu.

**Mit den allerbesten Grüßen  
Horst-Peter Mayer**



## **Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe LKA**

Die Jahreshauptversammlung der GdP-Kreisgruppe LKA am 28. März 2012 wählte Jürgen Hagdorn erneut zum Vorsitzenden, Dagmar Hölzl und Michael Karpf zu stellvertretenden Vorsitzenden. Dem neuen Vorstand der Kreisgruppe gehören außerdem an: Henrik Stolpe (Schriftführer), Rainer Hähle (Kassierer), Stephan Vogt (Beisitzer Junge Gruppe), Wolfgang Harlander (Beisitzer Beamte), Brigitta Aich (Beisitzerin Arbeitnehmer/-innen), Ursula Mayer (Beisitzerin Frauen) und Kurt Stritesky (Beisitzer Senioren). Kassenprüfer sind Günther Orban und Gabriele Waldhubel.

Zu Beginn der Versammlung richtete der Ständige Vertreter des Präsidenten im Landeskriminalamt, Herr LtD. KD Klaus Ziwey, ein Grußwort an die Teilnehmer und hob die konstruktiv-kritische Position der GdP zur bevorstehenden Polizeireform positiv hervor. Die Verhandlungsleitung der Jahresversammlung übernahm der Ehrenvorsitzende der Kreisgruppe, Rainer Jeskulke. Er gedachte der beiden verstorbenen ehemaligen Mitglieder Walter Mann und Jürgen Herrmann. Nach dem Geschäftsbericht des Kreisgruppenvorsitzenden, dem Finanzbericht und dem Bericht der Kassenprüfer wurde der gesamte Kreisgruppen-

vorstand einstimmig entlastet. Zehn Mitglieder der Kreisgruppe wurden vom GdP-Landesvorsitzenden Rüdiger Seidenspinner für 25, 40, 50 oder 60 Jahre Mitgliedschaft in einer demokratischen Gewerkschaft geehrt.

In seinem Beitrag trug Rüdiger Seidenspinner die Position der GdP zur Polizeireform sehr transparent und engagiert vor und skizzierte die Beschlusslage des Gewerkschaftsbeirats. Dagmar Hölzl referierte über tarifpolitische Entwicklungen und die Anstrengungen für eine neue ta-

rifliche Altersteilzeitregelung. Schließlich dankte Verhandlungsleiter Rainer Jeskulke den ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedern Sabine Redulez (Beisitzerin Arbeitnehmer/-innen), Samuel Voetter (Beisitzer Junge Gruppe), Heinz Weyrich (Beisitzer Senioren) und Albert Oberndorfer (Beisitzer Sozialwerk). Nach Abschluss des offiziellen Teils präsentierte der alte und neue Kreisgruppenvorsitzende Jürgen Hagdorn eine Diashow über seine Wanderung auf dem Jakobsweg bis nach Santiago de Compostela.



**Für langjährige Mitgliedschaft in einer demokratischen Gewerkschaft vom GdP-Landesvorsitzenden geehrt: Rainer Jeskulke (50 Jahre), Karl-Heinz Ruff (40 Jahre), Birgit Horlaender (25 Jahre), Landesvorsitzender Rüdiger Seidenspinner, Claudia Wild (25 Jahre), Jürgen Hagdorn (40 Jahre), Dr. Thomas Ritter (25 Jahre), Ewald Hasert (40 Jahre), Thomas Raml (25 Jahre), Karlheinz Schwarz (40 Jahre), Reinhold Endrich (60 Jahre)**

## **Bundesverdienstkreuz für PHK i. R. Bernd Jungel**

### **Feierstunde im Breisacher Rathaus**

Am Mittwoch hat PHK i. R. Bernd Jungel vom Polizeirevier Breisach, zuletzt Postenleiter beim Polizeiposten Bötzingen, das Bundesverdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland, verliehen vom Bundespräsidenten, aus der Hand von Landrätin Dorothea Störr-Ritter in einer würdigen Feierstunde im Rathaus Brei-



sach im Kreise zahlreicher Weggefährten und Angehörigen erhalten.

Gewürdigt wurden sein über 30-jähriges Engagement als Gemeinderat und seine 15-jährige Tätigkeit als Kreisrat, sein Engagement als Oberschützenmeister der Schützengesellschaft Breisach und nicht zuletzt seine langjährige Tätigkeit in der Gewerkschaft der Polizei und als örtlicher sowie als Bezirkspersonalrat. Lange Zeit war Bernd Jungel auch Personalratsvorsitzender der Polizeidirektion Freiburg. Seine polizeiliche Tätigkeit als echter „Freund und Helfer“ wurde in der Laudatio besonders hervorgehoben.

Beim Revier Breisach ist man stolz, dass ein Polizeibeamter des Reviers und unserer Polizeidirektion diese hohe Auszeichnung verdienstermaßen für seine jahrzehntelange ehrenamtliche Tätigkeit für die Gemeinschaft erhalten hat. Revierleiter Berthold Bock gratulierte im

Namen des Polizeireviers Breisach und der PD Freiburg. Wir als Gewerkschaft der Polizei, Kreisgruppe Freiburg, sind stolz, dass unser Bernd Jungel diese Auszeichnung erhalten hat und können uns nur diesen Wünschen anschließen.

## **Jahreshauptversammlung der KG Heilbronn**

Die Jahreshauptversammlung der KG Heilbronn findet am

**Montag, den 21. Mai 2012, ab 16.00 Uhr**

in der Kantine der Polizeidirektion/Finanzamt Heilbronn statt.

